



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 10. JUNI 2020



Foto: Martina Nolte / CC BY-SA 3.0 de / wikimedia

KONJUNKTURPROGRAMM – GUT FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

130 Milliarden Euro: Diese enorme Summe nimmt der Bund für ein Konjunkturpaket in die Hand, das die Auswirkungen der Corona-Pandemie abfedern soll. Heute diskutierte die Bürgerschaft das Paket in einer Aktuellen Stunde. Und für den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Mustafa Güngör, steht fest: „Es ist ein Konjunkturpaket mit Augenmaß, das die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutschlandweit, speziell hier in Bremen und Bremerhaven, abfedern und uns dabei helfen wird, gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können. Doch es wird an uns sein, dafür zu sorgen, dass wir ökonomisch und ökologisch von den vielschichtigen Förderungen profitieren.“

„Vernunft schafft Vertrauen. Insbesondere das verantwortungsvolle Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Wirtschaft hat dies gezeigt“, sagte Güngör in seiner Rede. Doch hätten viele Menschen nach wie vor Zukunftsängste. Viele mussten Lohneinbußen hinnehmen, allein mehr als sieben Millionen Beschäftigte führte die Krisenbewältigung in Kurzarbeit. Güngör: „Jetzt müssen auch die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns überwunden werden, die Menschen wollen und sie sollen auch wieder ihrer Arbeit nachgehen können. Die dauerhafte Sicherung der

Arbeitsplätze ist für uns Sozialdemokraten gerade in dieser Zeit von allerhöchster Bedeutung. Und das Konjunkturpaket der Großen Koalition wird hierzu entscheidend beitragen.“



Mustafa Güngör

Mit seinen insgesamt 57 Punkten adressiere dieses Programm die entscheidenden wirtschaftspolitischen Hebel, so der Sozialdemokrat weiter. „Es stärkt den Konsum, verbessert die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, stärkt die Investitionen der öffentlichen Hand und bringt mit Blick auf die notwendige ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft wichtige Maßnahmen voran“, sagte Güngör.

Zweifellos würden auch Bremen und Bremerhaven von dem Programm profitieren – nicht zuletzt durch die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle und eine Erhöhung bei der Übernahme bei den Kosten der Unterkunft. „Die rot-grün-rote Koalition wird sich dafür einsetzen, dass jeder zur Verfügung stehende Euro auch dort ankommt, wo er am dringendsten benötigt wird: bei den Familien, Angestellten und Selbstständigen, in den Kitas, in den Schulen, in den Krankenhäusern und im ÖPNV – bei den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven und in deren Portemonnaie! Nur wenn die Hilfen auch

bei den Menschen vor Ort ankommen, hilft es der Konjunktur.“

Eine klare sozialdemokratische Handschrift sei in dem Programm zu erkennen, betonte Güngör – und nannte als Beispiel den Bonus von 300 Euro für jedes kindergeldberechtigte Kind. „Ich bin mir sicher: Für viele Familien in Bremen und Bremerhaven ist solch ein Bonus sehr hilfreich“, sagte Güngör. „Er zeigt, dass wir uns kümmern und dass wir in schwierigen Zeiten für die Familien da sind. Auf uns ist Verlass – darauf kommt es an. Und das schafft Vertrauen!“

Viel werde derzeit von „Licht und Schatten“ des Konjunkturpakets gesprochen, sagte Güngör schließlich und widersprach mit deutlichen Worten: „Das 130-Milliarden-Euro Paket leuchtet kräftig, es setzt die richtigen Zeichen, mobilisiert die Wirtschaft, ist sozial ausgewogen und schafft Innovation und Verlässlichkeit durch eine Stärkung öffentlicher und privater Investitionen.“

ANTRAG **AKTIONSPLAN FÜR FÖRDERUNG VON BREITEN- UND LEISTUNGSSPORT**

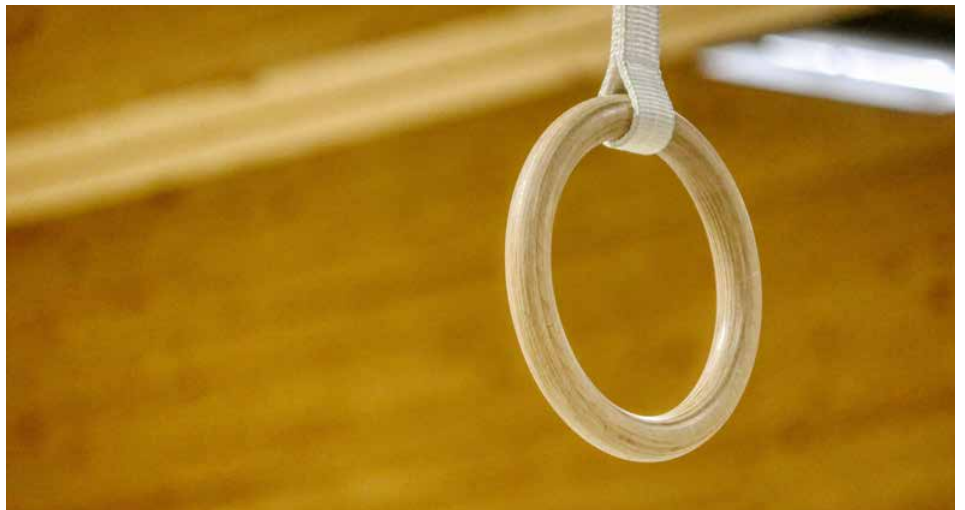
Der Breiten- und der Leistungssport sollen in Bremen besser gefördert werden. Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem ein Aktionsplan Sport gefordert wird. Der Senat soll nun ein entsprechendes Konzept erstellen.

Dieses Konzept, so fordert es die Bürgerschaft mit ihrem Beschluss, soll sowohl den Breiten-, als auch den Leistungssport umfassen und eine Perspektive über mehrere Jahre eröffnen. Dazu sind im heute beschlossenen Antrag eine Reihe von Punkten aufgeführt, die in dem Aktionsplan Berücksichtigung finden sollen. Eine Erhöhung der Zuschüsse zur Übungsleiter*innenpauschale ist beispielsweise ebenso Teil dieser Punkte wie die Forderung nach einer ressortübergreifenden Arbeitsstruktur, um den Sanierungsbedarf der Sportanlagen zu erfassen und anzugehen, oder einem Konzept, um Familien zu unterstützen, die keine Transferleistungen beziehen, aber dennoch nicht genug Geld haben, um Vereinsbeiträge zu begleichen oder Sportmaterial zu kaufen.



Eva Quante-Brandt

Eva Quante-Brandt, Sprecherin für Sport in der SPD-Fraktion, betonte in ihrer Rede noch einmal die Bedeutung des Sports und der Sportvereine. „Der Sport und insbesondere der



Breitensport haben ein großes Potenzial für die Entwicklung einer positiven Gesellschaft und für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen“, sagte sie. „Und die Sportvereine spielen eine wichtige und besondere Rolle, nicht zuletzt durch ihre Verankerung in den Quartieren. Sie sind vor Ort Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche sowie für ältere Menschen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung, zur Inklusion und zur Integration. Und hinter all dem steckt

das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen als zentrale treibende Kraft. Für uns ist es daher wichtig, einen Aktionsplan aufzulegen und auf die Handlungsbedarfe sowohl im Breiten-, wie auch im Leistungssport einzugehen.“

> Antrag: Aktionsplan für die Zukunft des Sports im Land Bremen: Breiten- und Leistungssport gemeinsam fördern!
bit.ly/aktionsplan-sport

ANTRAG **LANDESPROGRAMM FÜR SOLARDÄCHER**

Mit einem Landesprogramm soll der Solarenergieausbau in Bremen und Bremerhaven beschleunigt werden. Einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, betonte dabei in seiner Rede: „Wir wollen die Menschen nicht dazu zwingen, wir wollen sie dafür gewinnen.“

„Wir bringen heute ein großes und ambitioniertes Programm auf den Weg“, erklärte Gottschalk „und eigentlich geht es hier um drei Projekte: Es geht darum, öffentliche Gebäude mit Solarzellen auszustatten, wo dies wirtschaftlich ist. Es geht darum, Unternehmen zu gewinnen, ihre Flächen dafür zu nutzen. Und es geht darum, private Immobilienbesitzer dafür zu gewinnen, dass Solardächer zu einer Regellösung werden.“

Der Sozialdemokrat nutzte seine Rede auch, um auf Kritik einzugehen, die in den vergangenen Tagen vorgebracht worden war. Viel sei von einer generellen Pflicht zu Solarzellen auf dem Dach gesprochen worden, erklärte Gottschalk. Doch dies sei

falsch. Im Antrag sei vielmehr klar formuliert, dass es dabei um geeignete Dächer gehe. Es gehe eben auch um die finanzielle Zumutbarkeit, also um die Wirtschaftlichkeit. Gottschalk: „Es muss eine Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Und es muss auch für diejenigen finanzierbar sein, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben.“

Zentrales Element des Antrags sei daher ein Förderprogramm für die Anschaffung von Solaranlagen, betonte der Umweltpolitiker. Welcher Weg dabei der beste sei, müssen nun geprüft werden. Denkbar seien für ihn dabei auch zins- und tilgungsfreie Darlehen. „Unser Ziel ist, dass Betroffene nicht sagen ‚Ich muss‘, sondern ‚Ich will‘“, so Gottschalk. „Wir wollen die Menschen nicht zwingen, wir wollen sie gewinnen.“



Arno Gottschalk

>Antrag: Bremen und Bremerhaven zu Solar Cities machen!
bit.ly/solar-cities

CANNABIS-PROJEKT – HILFE STATT BESTRAFUNG

Bremen soll parallel zu ähnlichen Berliner Bemühungen ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis beantragen. Zudem soll der Senat sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es eine wissenschaftliche Evaluation des Betäubungsmittelrechts gibt, mit dem Ziel, das Drogenstrafrecht mit einem stärkeren Fokus auf Jugend- und Verbraucherschutz zu reformieren.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, erklärte in ihrer Rede: „Der Gebrauch von Cannabis wird immer noch streng kriminalisiert. Die individuellen und auch die gesellschaftlichen Folgekosten dieser bisherigen Politik sind hoch. Wir wollen eine Drogenpolitik, die Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt stellt. Wer süchtig ist, braucht Hilfe und keine Bestrafung!“



Ute Reimers-Bruns

ZUKUNFT DER EU AKTIV MITGESTALTEN

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in ihrer Bewerbungsrede eine Konferenz zur Zukunft der EU angekündigt. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem sie eine Forderung des EU-Parlamentes unterstützt, dass die Beteiligung der Bürger*innen dabei eine hohe Priorität haben muss. Zudem unterstützt das Parlament Aktivitäten im Land Bremen, die eine Mitwirkung auch von Menschen aus Bremen und Bremerhaven möglich machen. Dies biete die Chance, die Öffentlichkeit für das Thema Europa zu gewinnen, sagte Antje Grotheer, Sprecherin für Europa in der SPD-Fraktion und betonte: „Dies wird aber nur gelingen, wenn wir die Bürger*innen überzeugen, sich mit der europäischen Idee zu identifizieren.“



Antje Grotheer

ANTRAG KURZARBEITERGELD SOZIALER GESTALTEN

Die Bürgerschaft hat sich heute für eine sozialere Ausgestaltung des Kurzarbeitergeldes ausgesprochen. Sie beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem der Senat aufgefordert wird, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Sätze für kleine und mittlere Einkommen angehoben werden. Auch sollen Arbeitnehmer*innen in Altersteilzeit an Kurzarbeit beteiligt werden können.

„7,3 Millionen Menschen sind in Deutschland von Kurzarbeit betroffen. Das ist eine Zahl, die wir in dieser Höhe nie zuvor hatten“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. Dies zeige, wie gravierend die Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie seien und wie schwierig die aktuelle wirtschaftliche Situation sei. Ganz besonders sind die Menschen



Jasmina Heritani

betroffen, denen es finanziell auch vorher schon nicht gut ging“, erklärte die Sozialdemokratin. „Deshalb müssen wir diese Menschen unterstützen. Menschen, die Vollzeit gearbeitet haben und ganz plötzlich aufgrund von Covid-19 in Kurzarbeit geschickt wurden, dürfen wir in dieser schwierigen Phase nicht allein lassen. Darum wollen wir das Kurzarbeitergeld für Menschen mit geringem Einkommen erhöhen, wollen ihnen die finanzielle Unterstützung geben, die sie jetzt brauchen.“ Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann nannte diese Maßnahmen sinnvoll. „Sie sind sozial gerecht und sie entlasten die Unternehmen. Deswegen sind sie auch unabhängig von der Corona-Pandemie sinnvoll“, erklärte er. Ein Augenmerk müsse zudem auf Menschen in Altersteilzeit gelegt werden. Es dürfe nicht sein, dass gerade diese Menschen, die oftmals zur Risikogruppe gehörten, trotz der Gesundheitsgefahr weiterarbeiten müssten, da sie kein Kurzarbeitergeld beantragen könnten. Heritani abschließend: „Auch die Menschen, die in Altersteilzeit sind, müssen daher das Recht auf Kurzarbeit haben.“